

Kita-Krise

„Das schaffen wir nur gemeinsam!“



Die Kita-Krise belastet das gesamte System der frühkindlichen Bildung: Unterfinanzierung, Personalmangel, fehlende Kita-Plätze und als Folgen daraus Auswirkungen auf die Qualität der Betreuung, Überlastung der Fachkräfte, geschlossene Einrichtungen, Vertrauensverlust der Familien. All das prägt den Alltag vieler sozialer Träger. Die Probleme sind strukturell und betreffen die Kita-Landschaft bundesweit. Tiefgreifende Reformen sind notwendig, um das System zu stabilisieren. Um auf diese schwierigen Rahmenbedingungen aufmerksam zu machen, setzt Outlaw seit Anfang 2024 auf Kooperationen und Bündnisse mit weiteren Trägern.

Das ist ein Novum, denn soziale Träger stehen je Tätigkeitsfeld eher in einem Konkurrenzverhältnis – zum Beispiel um Fachkräfte. Der drohende „Kita-Kollaps“ machte allerdings deutlich, dass die gemeinsame Bewältigung der Herausforderungen für die Kindertagesbetreuung der einzige Weg ist, um Aufmerksamkeit für das von der Politik vernachlässigte Thema zu schaffen. Die Kooperationen stärken die gemeinsame Position der Träger und verleihen den Forderungen Nachdruck. Die Zusammenarbeit der Träger ist deshalb ein bedeutender Meilenstein, um den gravierenden Problemen in der Kita-Landschaft zu begegnen.

„Die fehlende Lobby für den Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich und konkret die fehlenden Investitionen für die frühkindliche Bildung – das alles können wir uns als Gesellschaft und auch als Wirtschaftsstandort nicht leisten. Kitas sind erste Bildungsorte und Bildung ist die Investition unserer aller Zukunft!“, betont Geschäftsführerin Susanne Wolff und erklärt: „Dass wir selbst aktiv werden müssen, um auf den drohenden Kita-Kollaps aufmerksam zu machen, das wurde uns Ende 2023 mit dem sogenannten Rettungspaket für die KiBiz-Kitas in NRW klar. Unser eindringlicher Appell an die Landesregierung, unser Schreiben an die Familienministerin, mehr als 25.000 Menschen vor dem Landtag – nichts davon sorgte für ein Umdenken oder Umlernen. Träger-Insolvenzen wurden in Kauf genommen und dabei die Qualität unserer Kinderbetreuung unnötig aufs Spiel gesetzt. Deshalb haben wir entschieden: Packen wir es an – gemeinsam können wir mehr erreichen!“

Bündnisse in NRW, Sachsen und Berlin

Zentraler Aspekt der gemeinsamen Bemühungen ist die grundsätzliche unzureichende Finanzierung der frühkindlichen Bildung. Die Verantwortung dafür tragen die jeweiligen Bundesländer – das führt zu unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen,



Refinanzierungsmodellen und Vorgaben. Bundesweit tätige Träger, wie Outlaw, sind je nach Standort mit sinkenden Kinderzahlen, fehlenden Kita-Plätzen und/oder akuten Personalmangel konfrontiert. Besonders der Fachkräftemangel stellt die Träger vor immense Herausforderungen.

„Viele Kitas sehen sich aufgrund des fehlenden Personals gezwungen, Bildungsangebote stark einzuschränken oder ganz zu streichen, um die reine Betreuung sicherzustellen. Diese Entwicklung ist äußerst besorgniserregend, da sie nicht nur die Qualität der Betreuung gefährdet, sondern auch die Chancengerechtigkeit der Kinder beeinträchtigt. Angebote müssen gekürzt, Gruppen geschlossen und in Extremfällen ganze Einrichtungen aufgegeben werden. Die daraus resultierende Vernachlässigung zentraler Elemente der frühkindlichen Erziehung verdeutlicht die Dringlichkeit, die Kita-Finanzierung grundlegend zu reformieren“, betont Ute Jansen, Geschäftsleitung Kita bei Outlaw, und unterstreicht: „Es ist von größter Bedeutung, dass Fachkräfte adäquate Arbeitsbedingungen erhalten. Daher ist es wichtig, dass wir uns für die Verbesserung der Qualitätsstandards und die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen stark machen.“

Um die jeweiligen Herausforderungen gezielt in den Blick zu nehmen, engagierte sich Outlaw 2024 in mehreren Kita-Bündnissen: in Nordrhein-Westfalen im „*Kita-Bündnis NRW*“, in Sachsen im Rahmen der Kampagne „*Starke Kitas für starke Kinder*“, in Berlin sowohl im „*Kita-Stimme.berlin e. V.*“ und im „*Berliner Kitabündnis*“. Outlaw unterstützt die Kampagne „*Jedes Kind zählt!*“, die auf Bundesebene die Einführung verbindlicher Qualitätsstandards fordert.

Transparenz als Schlüssel zum Erfolg

Neben der Bündelung von Ressourcen zur Bearbeitung der gemeinsamen Themen, braucht Bündnisarbeit Vertrauen und einen offenen Austausch der Mitglieder. Ein Beispiel: Bereits vor Gründung des Kita-Bündnis NRW ist aus einem offenen Austausch das „Personal-ausfallmanagement“ entstanden – ein Konzept, welches von Fröbel entwickelt wurde und mittlerweile von mehreren Trägern erfolgreich bei Personalausfällen angewendet wird.

Auch die im Rahmen der Bündnisse entstandenen Materialien wurden trägerübergreifend genutzt sowie weiteren Bündnispartner:innen zur Verfügung gestellt. Das unterstützt auch kleinere Träger und Initiativen, die das meist nicht leisten können. Die



Zusammenarbeit im Bündnis fördert den Austausch von Wissen: „Wir haben offen unsere Erfahrungen geteilt und die Ursachen der Probleme diskutiert – etwa der Fachkraft-Kind-Schlüssel oder die Dringlichkeit der Kita-Sozialarbeit“, berichtet Ute Jansen, die betont, wie wichtig es ist, dass im Bündnis alle Träger – auch kleinere – eine Stimme bekommen. Damit fördern Bündnisse den Zusammenhalt und stärken die Solidarität der Träger, denn sie erleben: Wir sind nicht allein!

Im direkten Austausch mit der Politik

Kooperationen bieten darüber hinaus die Möglichkeit der Professionalisierung. Lobbyarbeit kann gezielt koordiniert werden und ermöglicht einen direkten Kontakt zur Politik. Die gemeinsam größere Reichweite bedeutet mehr Sichtbarkeit und öffentliche Wahrnehmung. Die Bündnisse werden als Gesprächspartner:innen akzeptiert; ihre Verhandlungsposition gestärkt.

So gelang es dem Kita-Bündnis NRW zu einer Anhörung in den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend des Landtags NRW eingeladen zu werden und eine Stellungnahme abzugeben. Das Bündnis nutzte die Chance, um die gemeinsamen Forderungen für ein Kita-Sofortprogramm zu formulieren.

In Sachsen schafften die Bündnispartner:innen das sogenannte „Kita-Moratorium“ auf die Agenda der Plenarsitzung der endenden Wahlperiode des Sächsischen Landtags im September 2024 zu setzen. Die noch amtierende Regierungskoalition beschloss das „Kita-Moratorium“ einstimmig und folgte damit einer der Kernforderungen der Kampagne „Starke Kitas für starke Kinder“.

Es lohnt sich und wir bleiben dran

„Die Zusammenarbeit der Bündnisse hat deutlich gezeigt, dass alle von der Kita-Krise betroffen sind – nicht nur einzelne Träger oder Akteur:innen. Alle stehen vor den gleichen strukturellen Herausforderungen. Das gemeinsame Engagement war aus unserer Sicht wirksam und zielführend, denn es hat uns Gehör verschafft – bei den Eltern und Fachkräften, in der Medienöffentlichkeit und bei politischen Entscheidungsträger:innen“, zieht Ute Jansen ein positives Fazit. „Die Kita-Krise ist nicht kurzfristig zu lösen, die Probleme sind zu komplex und miteinander verwoben. Doch Kooperationen bieten die Chance, gemeinsam langfristige und nachhaltige Veränderungen anzuschließen. Wir wollen uns weiterhin engagieren – hoffentlich gemeinsam mit unseren Bündnispartner:innen.“

Leider zu!

„Ein Rettungsplan der Politik fehlt weiterhin“

Interview mit Marek Körner,
Fröbel Bereichsleiter West



Ein Bündnis freier Kita-Träger in NRW – das gab es noch nicht. Wie kam es dazu?

Ausgangspunkt war die Tatsache, dass das Land NRW die freien Träger bei der Refinanzierung der tariflich vereinbarten Lohnsteigerungen schlichtweg nicht berücksichtigt hat. Regulär mehr Geld für Personal sollte es erst über ein Jahr später geben! Dass viele Träger diese enorme finanzielle Lücke nicht aus eigener Kraft füllen können, das haben wir von Anfang an klar kommuniziert. Um uns größtmögliches Gehör zu verschaffen, haben wir mit Outlaw und vier weiteren großen Trägern das Kita-Bündnis NRW ins Leben gerufen. Als starker Partner ist auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mit im Boot.

Welches gemeinsame Ziel stand im Vordergrund?

Wenn mahnende Stimmen einzelner Träger von der zuständigen Landesregierung offenkundig ignoriert werden, macht es Sinn, sich zu vernetzen und die Kräfte zu bündeln. Mit unserem Träger übergreifenden Appell „Rettet die Kindertagesstätten in NRW“ haben wir genau das getan. Allen voran haben wir eine gemeinsame Petition gestartet, mehr als 35.000 Unterschriften gesammelt – und bei der Übergabe vor dem Landtag ein riesiges Medienecho erzielt! Dadurch konnten wir die öffentliche Aufmerksamkeit und den Druck auf die Politik deutlich erhöhen.

Zum ersten Mal zusammenarbeiten – klappt das ohne weiteres?

Bündnisse bieten große Chancen aber auch Herausforderungen für die Beteiligten. Letztere zum Beispiel dann, wenn es um schnelle Reaktionen gegenüber den Medien und um eine diesbezügliche Abstimmung geht.

Was uns bei aller Unterschiedlichkeit – in der Größe, der Organisation und Unternehmenskultur – eint, ist der Einsatz für gemeinsame Ziele, allen voran für eine bessere Kindertagesbetreuung in unserem Land.

Kann Bündnisarbeit gesellschaftliche oder politische Änderungen anstoßen?

Es verfehlt sicherlich nicht seine Wirkung, wenn Kitas und ihre Träger ihre berechtigten Anliegen geschlossen kommunizieren. Bei Fröbel haben wir uns besonders darüber gefreut, das Kita-Bündnis NRW gemeinsam mit Outlaw in einer Expertenanhörung des Familienausschusses im Landtag vertreten zu dürfen. Hierbei hat sich gezeigt, dass das Kita-Bündnis NRW zunehmend auf Augenhöhe mit den bekannten Verbänden wahrgenommen wird und die Politik sowie die Landesregierung unsere fachliche Stimme ernst nehmen.

Die Anhörung war ein gemeinsamer Meilenstein. Wie geht es jetzt weiter?

Allzu konkrete Prognosen möchte ich angesichts zu vieler offener politischer Baustellen lieber nicht wagen. Klar ist: Wir leben und arbeiten in einer Zeit, in der die Grenzen der Belastbarkeit für unsere pädagogischen Fachkräfte und die Familien in den Kitas erreicht sind. Ein Rettungsplan der Politik fehlt jedoch weiterhin! Hier stellen die Solidarität und das gemeinsame Agieren unseres Trägerbündnisses ein fachliches und sicherlich auch politisches Sprachrohr und Aktionsfeld dar. Damit sind wir im Kita-Bündnis NRW schon klar weiter: Unsere Positionen und praktischen Umsetzungsvorschläge für ein neues Kinderbildungsgesetz (KiBiz) liegen bereits auf dem Tisch! Allen voran geht es uns darum, das Kita-Personal zu stärken und zu entlasten.

Für die Zukunft unserer Kitas: Gemeinsam Gehör verschaffen



Kita-Bündnis NRW fordert gerechtere Kita-Finanzierung

„Rettet unsere Kitas in NRW!“ Mit diesem eindringlichen Aufruf trat das Kita-Bündnis NRW im Januar 2024 erstmals an die Öffentlichkeit. Sechs große Kita-Träger in Nordrhein-Westfalen schlossen sich zusammen, um mit vereinten Kräften der Kita-Krise entgegenzuwirken. Outlaw kämpft seitdem gemeinsam mit Fröbel, educcare, Kinderzentren Kunterbunt, Villa Luna und dem VKJ Ruhrgebiet um die Zukunft von rund 8.000 Kitas in freier Trägerschaft, die angesichts der unzureichenden Refinanzierung durch das Land NRW vor dem Aus stehen. Mehr als 80 weitere Träger und Elterninitiativen schlossen sich im Laufe des Jahres an und zeichneten den gemeinsamen Appell „Freie Träger am Limit: Rettet die Kindertagesstätten in NRW!“ mit; die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) NRW wurde Bündnispartner.



Auf der gemeinsamen Website informiert das Kita-Bündnis NRW regelmäßig über Entwicklungen und bietet Beteiligungsmöglichkeiten.

Zum Start des Bündnisses standen zwei zentrale Forderungen im Mittelpunkt: die frühere Erhöhung der Refinanzierungspauschalen in NRW, statt erst zum Kita-Jahr im August 2024, und ein Anpassungsmechanismus im Kinderbildungsgesetz (KiBiz), der zukünftig sicherstellt, dass Tarifergebnisse und Sachkostensteigerungen zeitnah und in gleicher Höhe berücksichtigt werden. Um auf die dramatische Situation aufmerksam zu machen, startete das Bündnis eine Petition, die mehr als 35.000 Menschen unterzeichneten.

Gemeinsam organisierte das Trägerbündnis am 15. Mai 2024 vor dem Düsseldorfer Landtag eine Kundgebung, bei der die Petition zum Erhalt der Kita-Landschaft mit Unterstützung vieler Fachkräfte und Eltern an Familienministerin Josefine Paul überreicht wurde. Auch wenn die gewünschte politische Wirkung ausblieb – die KiBiz-Pauschalen vor dem Start des neuen Kita-Jahres anzupassen – war das mediale Interesse gestiegen. Das Kita Bündnis NRW bleibt deshalb weiter dran und verabschiedete ein Positionspapier für ein novelliertes KiBiz in NRW und fordert ein Kita-Sofortprogramm.

Politik und Praxis im Dialog

Im September 2024 startete die trägerübergreifende landesweite Aktionswoche „Kita-Woche der Politik“: Kita-Teams luden Landtagsabgeordnete in ihre Einrichtungen ein, um den politischen Vertreter:innen die Herausforderungen des pädagogischen Alltags zu zeigen und mit den Fachkräften und auch Familien ins Gespräch zu kommen. Zentrale Themen waren die personelle Mindestbesetzung und das Management von Personalausfällen, die gestiegenen Anforderungen an Fachkräfte, fehlende finanzielle Mittel und die direkten Auswirkungen auf die frühkindliche Bildung und Betreuung im Kita-Alltag. Dank der Aktionswoche konnten Fachkräfte und Elternvertretungen ihre Sorgen, Wünsche und Forderungen einmal direkt an die politischen Entscheidungsträger:innen kommunizieren und sich Gehör verschaffen.

Kita-Bündnis NRW bei Anhörung im Landtag NRW

Ein wichtiger Erfolg des Kita Bündnis NRW war die Einladung zur Anhörung in den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend des Landtags NRW am 24. September 2024. Vertreten durch Fröbel reichte das Trägerbündnis dazu vorab eine gemeinsam erarbeitete Stellungnahme ein und platzierte so gezielt die Forderungen und auch Lösungsvorschläge für die Kita-Landschaft NRW: „Es muss dringend mehr Geld ins frühkindliche Bildungssystem – und zwar nicht erst mit Inkrafttreten eines neuen Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) NRW. Wir benötigen ein Kita-Sofortprogramm unter Zuhilfenahme der freiwerdenden Mittel des Bundes aus dem Kita-Qualitätsgesetz. Unsere wichtigste Forderung ist, dass die bisherige KiBiz-Pauschale nach einer Tarifierhöhung unmittelbar angepasst wird.“



Vor Ort vertraten Marek Körner, Fröbel-Bereichsleiter West, und Ute Jansen, Outlaw-Geschäftsleitung Kita das Bündnis. Sie betont: „Die Einladung zur Anhörung in den Landtag

zeigte, dass wir in der politischen Landschaft wahr- und ernstgenommen werden. Das ist ein großer Erfolg! Es ist nun an der Politik, endlich zu handeln und die finanziellen und strukturellen Weichen zu stellen, um das Kita-System in NRW zu retten.“

„Starke Kitas für starke Kinder“ – sachsenweite Kampagne zur Landtagswahl 2024

In Sachsen starteten Anfang 2024 gleich zwei Bündnisse mit dem Ziel, anlässlich der bevorstehenden Wahlen die Themen rund um die frühkindliche Bildung in den politischen Diskurs einzubringen. Schwerpunkte sind ein besserer Personalschlüssel, eine gesicherte Finanzierung und Investitionen in die Qualität. Beide Wahlen haben direkten Einfluss auf die zukünftigen Rahmenbedingungen. Umso wichtiger, dass sich in Sachsen erstmals landesweit ein breites Bündnis mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege, Gewerkschaften, dem Graswurzelbündnis, Kita-Trägern und der Kita-Praxis auf einen gemeinsamen Weg machte. Mit der Kampagne „Starke Kitas für starke Kinder“ entwickelte das Bündnis sieben Kernforderungen und suchte über Aktionen, Veranstaltungen und Austausch-Formate den Dialog mit der Politik.



Starke
KITAS
für starke
KINDER

Wir fordern: besserer Personalschlüssel, gesicherte Finanzierung, investieren in Qualität

Mit Start der Kampagne im April und einer landesweiten Unterschriftenaktion sammelte das Bündnis innerhalb weniger Wochen rund 37.000 Unterschriften für das gemeinsame Forderungspapier. Über 300 Menschen nahmen an der Kundgebung zur Übergabe der Forderungen und Unterschriften an das Kultusministerium teil. In Leipzig bekräftigten 200 Fachkräfte ihre Unterstützung bei der Kundgebung der Bildungsgewerkschaft GEW im Clara-Park. Nora Schönberg, Outlaw-Fachgebietsleitung Kita in Leipzig, betonte auf dem Podium: „Wir müssen den Rückgang der Kinderzahlen nutzen, um den Personalschlüssel zu verbessern!“



In Leipzig entstand mit Fokus auf die Stadtratswahl zusätzlich die Initiative „Starke Kitas für Leipzig“. Das Ziel: Trägervielfalt, Qualität und Finanzierung langfristig sichern. Im Mai lud das Bündnis zur Veranstaltung „Kita-Sozialarbeit als Weg aus der Krise!“. Nach eindrücklichen Praxiseinblicken und wissenschaftlicher Einordnung folgten intensive Diskussionen mit rund 50 Gästen. Darunter zur Finanzierung: Denn eine wichtige Erkenntnis wissenschaftlicher Begleitstudien zur Kita-Sozialarbeit ist, dass sich ein großer Teil der Elternschaft eine Verstärkung in der Regelfinanzierung wünscht.



Im Dialog bleiben: Bündnis etabliert sich als Stimme für frühe Bildung

Um über den Sommer im Dialog zu bleiben, luden Krippen, Kindergärten und Horte sachsenweit Kandidierende zur Landtagswahl in ihre Einrichtungen ein. Bei Outlaw öffneten drei Kitas in Leipzig und Dresden ihre Türen und nutzten so die Gelegenheit für intensive Gespräche mit den Politiker:innen, Fachkräften und Eltern.

Die Eindrücke aus den Besuchen wurden bei der Abschlussveranstaltung der Kampagne unter dem Titel „Sachsen nach der Landtagswahl – die frühe Bildung weiter im Blick?“ Mitte August in Dresden wieder aufgenommen. Mehr als 70 Gäste diskutierten mit den bildungspolitischen Sprecher:innen sowie Kandidierenden von CDU, SPD, Grünen und Linken. Vor allem das sogenannte „Kita-Moratorium“ kam mit Blick auf die sinkenden Kinderzahlen in Sachsen und dem sich abzeichnenden Personalabbau bis hin zu Einrichtungs-Schließungen immer wieder zur Sprache.



Starke
KITAS für
LEIPZIG



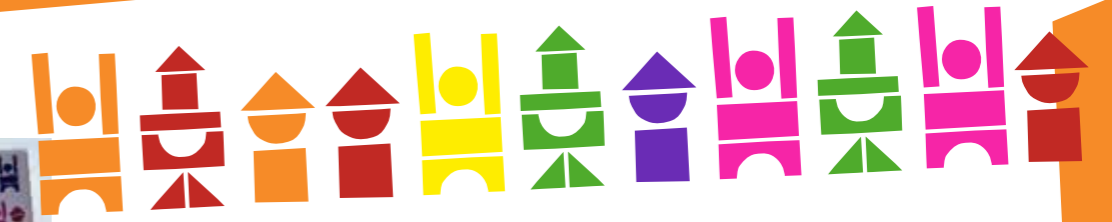
Michael Kuhl,
Pressesprecher
Fröbel, und
Nora Schönberg,
Outlaw-Fachgebietsleitung
Kita Leipzig

Kampagnen-Erfolg: Das Kita-Moratorium kommt!

Das Bündnis forderte die Politik auf, die Ressourcen rückwirkend im Landeshaushalt zu verankern. Das ist möglich, wenn die sogenannte „demografische Rendite“ genutzt wird, um das aktuelle pädagogische Personal in den Kitas zu halten. Das kann eine bessere Betreuungsrelation ermöglichen. Die GEW Sachsen rief sowohl in Leipzig als auch in Dresden zu Kundgebungen auf – insgesamt folgten mehr als 1.200 Unterstützer:innen. In der letzten Plenarsitzung der endenden Wahlperiode beschloss die amtierende Regierungskoalition das Kita-Moratorium einstimmig.

„Das ist ein großer Erfolg für unsere gemeinsamen Bemühungen und wirklich ein wichtiges Signal für die frühkindliche Bildung in Sachsen“, unterstreicht Nora Schönberg. Sie betont: „Uns ist gelungen, die unver-

handelbaren Bedarfe in den gesellschaftspolitischen Diskurs zu bringen. Wir haben uns Gehör verschafft und auf die unerlässliche strukturelle und qualitative Weiterentwicklung in der Kindertagesbetreuung aufmerksam gemacht. Wir sind für dieses gemeinsame Ziel eingetreten und auch ein Stück zusammengerückt – das ist eine großartige Entwicklung.“ Beim „Kita-Moratorium“ bleibt abzuwarten, wie die Kommunen die Mittel nutzen, da dies in ihrer Verantwortung liegt. „Deshalb dürfen wir jetzt nicht nachlassen und wollen uns weiter gemeinsam engagieren“, erklärt Nora Schönberg. Aus ihrer Sicht hat sich das verbandsübergreifende Bündnis aus Liga, Gewerkschaften, Kita-Trägern und der Kita-Praxis als laute Stimme für die frühe Bildung etabliert.



Vielseitig stark für die frühkindliche Bildung in Berlin

Um die Qualität der frühkindlichen Bildung in Berlin zu sichern, engagiert sich Outlaw gleich in zwei Bündnissen: dem Kita-Stimme.berlin e. V. und dem Berliner Kitabündnis. „Die Themen der Bündnisse ergänzen sich und ermöglichen trägerübergreifende Aktionen zur Verbesserung der Kita-Bedingungen in Berlin und natürlich die Vertretung der Interessen von Kindern, Fachkräften und Trägern in der politischen Debatte“, beschreibt Christine Huinink, Gesamtleitung für den Standort Berlin, und ordnet ein: „Zusätzlich beteiligt sich Outlaw an bündnisübergreifenden Initiativen für bessere Rahmenbedingungen in der frühkindlichen Bildung in Berlin.“

Die *Kita-Stimme.berlin* fördert als Netzwerk von Kita-Trägern den Austausch zu zentralen Themen der frühkindlichen Bildung und ermöglicht die Integration praxisnaher Blickwinkel in die politische Debatte. Mit der Umwandlung des Plenums in einen Verein im Februar 2024 wird der Wunsch nach intensivem Austausch und gemeinsamer Zielverwirklichung weiter gestärkt. Outlaw trat bereits 2021 dem Plenum bei, um sich im Verbund für die Gleichstellung freier Träger mit den Eigenbetrieben im Zuge der Diskussionen zur Hauptstadtzulage einzusetzen.

Hauptstadtzulage für alle

Seit November 2020 erhalten Mitarbeitende der Eigenbetriebe in Berlin im Gegensatz zu Beschäftigten freier Träger eine monatliche Zulage von 150 Euro durch den Berliner Senat. Auch in diesem Jahr setzen sich zahlreiche Fachkräfte, Träger, Verbände und Gewerkschaften für die Einführung der Hauptstadtzulage für Mitarbeitende freier Träger ein; darunter der Kita-Stimme.berlin e. V. und unser Dachverband, der Paritätische Gesamtverband Berlin.

2024 trat Outlaw auch dem *Berliner Kitabündnis* bei. Dieses setzt sich insbesondere für die Verbesserung des Personalschlüssels, eine auskömmliche Finanzierung für den dringend benötigten Ausbau und die Sanierung von Kitas sowie für die Gewährleistung von mehr Zeit für mittelbare pädagogische Tätigkeiten ein.

Unter dem Hashtag *#AufdieKleinenkommtesan* macht das Berliner Kitabündnis durch vielseitige Aktionen auf die Notwendigkeit besserer Rahmenbedingungen für die Berliner Kitas aufmerksam. Im Rahmen der Aktionswoche vom 27. Mai bis 1. Juni 2024 fanden unter dem Motto „Berlin wird orange“ über 100 Aktionen in ganz Berlin statt, die diese dringliche Thematik unterstrichen. Auch unsere Mitarbeitenden beteiligten sich mit vielfältigen Aktionen, um auf die Herausforderungen im Bereich der frühkindlichen Bildung aufmerksam zu machen.

Im kommenden Jahr werden wir uns weiterhin für die Verbesserung engagieren. Christine Huinink, Gesamtleitung des Standorts Berlin, betont: „Nur durch eine vereinte Stimme können wir die Rahmenbedingungen in der frühkindlichen Bildung in Berlin entscheidend verbessern. Mit Bündnisarbeit und trägerübergreifenden Aktionen werden wir uns auch im nächsten Jahr sichtbar machen und gemeinsam für die dringend erforderlichen Veränderungen eintreten. Unser gemeinsames Engagement hat ein klares Ziel: das Wohlergehen der Kleinsten in unserer Gesellschaft.“

